

# Ottendorfer Zeitung

Vokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die "Ottendorfer Zeitung" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.  
Bezugspreis: Monatlich 2,20 Mark.  
Bei Abstellung durch die Posten 2,50 Mark.  
Zur Halle höherer Gewalt (Krieg u. d. sonstigen  
gewaltige Veränderungen des Betriebs der  
Zeitung, der Verlegerin u. d. Schriftleitung  
verzögern) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Restitution oder Nachlieferung der  
Zeitung ob auf Kriegsgrund, Bezugswertes.

Bezugspreis: Die Ottendorfer Zeitung  
der beiden Seiten wird auf 10 Vier- und  
der ersten Seite mit 125 Vier- und  
Bezugspreis werden an den Geschäftspartnern  
im späteren monatlich 20 Mark zu 10  
Schriftleiterin erhoben.  
Zur Bezahlung auf Rechnung erhält, wenn  
der Bezugspreis-Betrag durch längere Abreise  
wieder nach oben muss der Bezieher  
zu Rücksicht gebracht.

## Unterhaltungs- und Anzeigebatt

Herausdruck-Anschluss Amt Ottendorf b. Dr. Nr. 31.

Poststelle-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Rühle, Ges. Okrilla.

Nummer 5

Freitag, den 14. Januar 1921

20. Jahrgang.

### Amtlicher Teil.

#### Marken-Ausgabe.

Die nächste Marken-Ausgabe findet  
Freitag, den 14. Jan. 1921, von abends 1/2 - 6 Uhr  
statt und zwar:

Bezirk I bis V (Haus-Nr. 1—112D) in der neuen  
Schule zu Ottendorf,

Bezirk VI (Ortsteil Moritzdorf Haus Nr. 1—19) im  
Gasthof zum goldenen Ring,

Ortsteil Gunnendorf in den bekannten Ausgabestellen  
Herrn Gemeindeältesten Stein und Herrn Behren  
Pieph.

Die Aushändigung der Marken erfolgt nur an er-  
wachsene Personen gegen Vorzeigen der Markenbelegs-  
ausweiskarten. Für verlorene gegangene Marken wird kein  
Ersatz geleistet, die Marken sind daher sofort beim Ein-  
pflege nachzuzählen.

Die nicht fristgemäß abgeholteten Marken können vor  
Mittwoch, den 19. Januar nicht verausgabt werden, da  
sich die Kosten in den Händen der Bevölkerung zum  
Zweck der Abrechnung noch befinden.

Ottendorf-Moritzdorf, am 13. Januar 1921.

#### Der Gemeindevorstand.

##### Hundesteuer best.

Die Hundesteuer für die am 10. Januar 1921 in der  
Gemeinde vorhandenen Hunde ist gegen Entnahme der  
Steuermarke bis spätestens

25. Januar 1921

im Rathaus — Kasse — zu bezahlen.

Die Steuer beträgt

- 1) für Zug-, Bach- und Diensthunde je 3 Mark,
- 2) im übrigen 10 Mark für einen und 50 Mark  
für jeden weiteren Hund sowie 1,50 Mark für  
die Steuermarke (Selbstkostenpreis).

Wird ein steuerpflichtiger Hund nach Ablauf des  
Bahlungstermines ohne gültige Steuermarke auf öffentlichen  
Wegesräumen betrieben, so wird dessen Besitzer, falls er  
nicht der Hinterziehung schuldig ist, mit einer Geldstrafe  
bis zu 30 Mark bestraft.

Bei Hinterziehung kann der örtliche Betrag der hinter-  
zogenen Steuer neben entsprechender Verjährung erhoben  
werden.

Ottendorf-Moritzdorf, am 10. Januar 1921.

#### Der Gemeindevorstand.

##### Verfügung und Sachnachrichten.

Ottendorf-Okrilla, den 15. Januar 1921.

— Kirchenvorstandswahl. Nach Vergebung der Holz-  
schläge wird bemerkt, daß die Kirchenvorstandswahl am  
6. Februar in der Kirche von 10—12 Uhr abgehalten  
werden soll. Es wird die Wahlliste im Pfarrhaus  
vierzehn Tage ausgelegt. Solange sind Eintragungen  
möglich. Es scheiden aus die Herren Hausdorf, Bünze,  
Walther. Sie sind wieder wählbar. Da der Kirchenvorstand  
auf 15 Mitglieder erhöht wird, so sind zu wählen für  
Ottendorf 3, für Grosovilla 2, für Kleinvilla 2 Vertreter.  
Dem Vorschlag des Ausschusses für Kriegerehrung nimmt  
man zu und stellt den Vorraum der Kirche zum Anschreiben  
der Namen der Gefallenen zur Verfügung. Für den Denk-  
stein hält man den Platz auf dem alten Friedhof für ge-  
eignet, da er dort schon Kriegergräber hat und als Stätte  
aller Andacht gilt. Die Errichtung einer Totenhalle muß  
Ehrengedächtnishalle auf einem außerhalb des Ortes ge-  
legenen Friedhof hält man für wünschenswert, aber jetzt  
wegen der hohen Kosten für unausführbar. Gegen den  
Beschluß des Ottendorfer Gemeinderates, der den Nachtrag  
der Grundsteuer ablehnt, will man bei der  
Ausschusshörde vorstellig werden. Ferner wird beschlossen,  
beim Finanzamt Radeberg die Erhebung der vorläufigen  
Kirchensteuer zu beantragen. Dabei wird bemerkt, daß im  
Orte ein solches Gericht über hohe Kirchensteuer verbreitet  
ist. Desgegenüber wird bemerkt, daß 1919 nur 10%  
der Staatseinkommensteuer erhoben worden sind, (z. B.  
61 Mark Staatsteuer, ist 6,10 Mark Kirchensteuer). Da führt  
die jetzige Steuererhebung nur vier Fünftel des Gesamt-  
beitrages erhoben werden darf, den ein Steuerpflichtiger in  
der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1921 zu  
zahnen gehabt hat, so ergibt sich auch hieraus die Halblosig-

keit des Gerichtes. — Kommanden Dienstag findet abends  
6 Uhr im Lauseer Gasthof eine Versammlung der Kirchen-  
vorstände von Ottendorf, Lause und Grünberg sowie  
der Kircheninspektoren statt betreffs der Einverleibung von  
Gunnendorf nach Ottendorf und von Grünberg nach Lause.  
Anfang April dürfte die Einverleibung rechts gültig sein.

Am vergangenen Donnerstag bot der Kindergottes-  
dienst einen öffentlichen Vortragsabend im Gasthof zum Ros.  
der recht gut besucht war. Nach begrüßenden Worten, die  
Frau Mathes an die Anwesenden richtete, betrat Kinder  
aller Jahrgänge, die kleinsten zuerst, die Bühne, um mit  
lauter Stimme ihre Gedichte zu sagen! Es war erstaunlich  
zu hören, mit welchem Verständnis jedes Kind seine Aufgabe  
erfüllte. Dazwischen spielten einige Klavier und Geige mit  
guten Geschick, andere spielten kleine Theaterstücke. Die  
Konfirmandinnen boten ein größeres Weihnachtsstück "Wie  
Franz und Peter ihren Vater suchten", dem man wegen  
seiner guten Darstellung gern folgte. Auch der Kinderchor  
erhielt unter Leitung des Herrn Oberlehrer Georgi durch  
zwei glänzend vorgetragene Lieder. Am Schlusse wurde das  
schon in der Kirche bewährte Krippenspiel dargeboten von  
den Konfirmanden und Konfirmandinnen, ebenfalls unter  
sinnlicher und musikalischer Leitung des Herrn Oberlehrer  
Georgi. Dieses Krippenspiel, dem Ergebniß entlehnt,  
stellte wieder die Jüngster. Und mancher wird darnach  
gegangen sein den Engelsgruß im Herzen tragen:  
"Fürchtet euch nicht, siehe ich verkündige euch große Freude,  
denn euch ist heute der Heiland geboren". Die Einschau  
betrug ohne Abzug der Kosten 370 Mark. Allen Mit-  
wirkenden sei herzlich gedankt.

Für das oberhalbste Abstimmungsgebiet wurden  
von Herrn Rohrbecke Vogt Finden in Moritzdorf  
weitere 100 Mark der Gemeindeliste überwiesen.

Am Mittwoch fand in der Kirche des Diakonissen-  
hauses zu Dresden eine schlichte, aber eindrucksvolle Feier  
statt. Mehrere Beischwestern, darunter auch unsere Gemeinde-  
schwestern, wurden zu Diakonissen ernannt und als solche ein-  
geeiht. Herr Archidiakon Möllnig ermahnte in eindrucksvollen  
Worten die Schwestern, das auch sie an ihrem Teil mit  
durch Liebe, Geduld und Frömmigkeit dadurch sorgen möchten  
daß das Mutterhaus ein zukünftiger Baum am Stamme  
der Kirche bleibe. Erregend war es zu hören, wie die  
einschlagenden Schwestern ihre Bitte um den göttlichen Segen  
im Chor vortrugen und dann unter lautem Jubel der Ge-  
meinde eingesegnet wurden. Möchte unsere Schwestern auch  
als Diakonissen weiter zum Segen der Gemeinde arbeiten!

Achtet auf die Kartoffelvorräte! Wer in der Lage  
ist, sich mit einem Kartoffelvorrat einzustocken, muß die  
Bedenklichkeit machen, daß ein Teil der diesjährigen Kartoffel-  
ernte zum Einkellern nicht besonders geeignet ist. Viele  
Knollen zeigen "brandige" Stellen, andere wieder gehen  
leicht in Faulnis über. Daraus ergibt sich die unerlässliche  
Notwendigkeit, auf Kartoffelvorräte ein besonderes Augenmerk  
zu richten. Von Zeit zu Zeit wiederholtes Auslesen ist zu  
empfehlen.

Wilschdorf. Die Kommission, die das neue Orts-  
klassenverzeichnis für Dresden und Umgegend bearbeitet hat,  
hat sich ein Kuriosum geleistet, welches weit ist, nicht unbe-  
kannt zu bleiben. Während eine ganze Reihe Dörfer in  
der Nähe Dresdens der Ortsklasse A zugewiesen ist,  
sieht die Gemeinde noch in der letzten Ortsklasse E. Die

benachbarten Dörte Rähnig, Borgdorf und Reichenberg sind

jämlich der Klasse B zugewiesen. Nun ergibt sich der kuriose

Fall, daß das Kirchspiel Wilschdorf, welches so nahe an  
Dresden liegt, daß eine Anzahl politisch und schulisch zur

Stadt Dresden gehöriger Häuser (die Radeburger Straße)  
nach Wilschdorf eingepfarrt sind, mit seinen zu Dresden ge-  
hörigen Häusern der Ortsklasse A zugewiesen ist, während der

andere Teil, dessen Häuser kaum 150 Meter von den oben

genannten Dresdner Häusern beginnen, zur Ortsklasse E

gehört. Sollte der Bevölkerung des Verzeichnisses vielleicht

Wilschdorf bei Dresden mit dem bei Döhringsdorf liegenden

Wilschdorf verwechselt haben? Etwas anderes kann

anzunehmen. Es ist doch nicht denkbar, daß die wirt-  
schaftlichen Verhältnisse auf so engem Raum derart ver-  
schieden sind, daß bei dem einen Teil eine Zutellung in die

erne, und bei dem anderen, daran anstoßenden Teil eine

solche in die lechte Ortsklasse rechtfertigen, zumal das

Ministerium für den der letzten Ortsklasse überwic-  
zigen Teil doch auch die Auszahlung der erhöhten Dresdner Er-  
werbslohn für angemessen hält.

Radeburg. Freitag abend kurz nach 9 Uhr wurde

die hiesige freiwillige Feuerwehr zur Hilfeleistung im benach-  
barten Berzdorf alarmiert, wo die große Scheune des  
Gutsbesitzers Otto Voßmann in Flammen stand. Mann-  
schaft, Spritze und Rettungsgerät auf einem Auto unterge-  
bracht, traf die hiesige Wehr als erste auswärtige am Brand-  
herde ein. Die in der Scheune geborgenen Güter waren  
leider nicht mehr zu retten. Der angrenzende Kohlen-  
schuppen und die sonstigen Gebäude konnten erhalten werden.

Dresden. Am Mittwoch nachmittag gegen 3 Uhr  
geriet am Taschenberg ein 18jähriger Knabe unter ein  
Vestautomobil und wurde überfahren. Es wurde ihm der  
rechte Oberarm sehr schwer verletzt. Der Knabe wurde im  
Unfallwagen dem Krankenhaus Friedrichstadt zugeführt.

Burgstädt. Zur Eingemeindung von Blasewitz, Loschwitz und  
Weißer Hirsch wird zu der Verfüzung des Ministeriums des  
Innern, nach der die Landgemeinden Blasewitz, Loschwitz und  
Weißer Hirsch mit der Stadt Dresden zu vereinigen sind, bemerkt,< daß die drei beteiligten Gemeinden be-  
stätigen, gegen die Verfüzung Anfechtungsklage beim  
Oberverwaltungsgericht zu erheben. Nach dem Gesetz über  
die Verwaltungsschutzspflege ist die Anfechtungsklage nur ge-  
geben gegen zweitanstaltige Entscheidungen der Ministerien,  
Kreis- und Amtshauptmannschaften. Im vorliegenden  
Falle, der im Gesetz nicht besonders erwähnt ist, liegt  
jedoch eine erstitutionale Verfüzung des Ministeriums des  
Innern auf Grund von § 7 Abs. 3 BGB. vor. Eine An-  
fechtungsklage wäre von vornherein ungültig.

Rabenau. In der Nacht vom Montag zum Dien-  
tag wurden auf dem Freigut in Kleinölsa ca. 35—40  
Hühner geflohen und an Ort und Stelle abgeschlachtet. In  
der Baubude im Steinbruch fand man Hühnerfedern und  
zwei verschiedene Handschuhe, man hofft dadurch die Täter  
zu ermitteln.

Kamenz. Die Stadtverordnetenwahl brachte eine  
bürgerliche Mehrheit. Gewählt wurden 10 bürgerliche und  
9 sozialdemokratische Abgeordnete, davon 8 Wirtschaftliche  
vereinigung, 2 Demokraten, 2 Angeleiteten, 4 Mehrheits-  
sozialdemokraten, 4 Unabhängige und 1 Kommunist. Die  
Wahlbeteiligung war etwa 70 Prozent.

Bischöfswerda. Zu einem Tanzfest ist es in  
einem Ball-Lokal gekommen. Die Musik verlangte 20 Pf  
für die Tour, während die Tänzer nur den bisherigen  
Preis von 15 Pf. bezahlen wollten. Nachdem es zu keiner  
Einigung kam, wurde nach 9 Uhr der Saal geräumt.

Freiberg. Hier erfolgten drei Brände in einer  
Nacht. Zum erstenmal brannte es in der Scheunenstraße. Die mit Stroh- und Futtervorräten versehene Scheune des  
Kohlenhändlers Bernhard Rau fiel den Flammen zum Opfer. Während die Feuerwehr noch mit dem Aböschen  
beschäftigt war, ging die unmittelbar an der Stadtgrenze  
liegende Scheune des Gutsbesitzers Oehnthal in Böhmitz in  
Flammen auf. Dieses Feuer ist gegen 9 Uhr bemerkt  
worden. Gegen 10,25 Uhr abends entlud die Feuerflocke  
abermaß. Es brannte die an der Schmiedestraße gelegene  
Scheune des Bischöfners Seidel. Trotzdem die Feuerwehr  
sofort mit der großen Motorpumpe eingriff, war es nicht zu  
verhindern, daß das Feuer auch die direkt angebaute Scheune  
ersetzte, wodurch auch diese zum Teil eingeschottet wurde.  
Alle drei Feuer durften den Umständen nach auf planmäßige  
Brandstiftung zurückzuführen sein. Die Täter sind zurzeit  
noch nicht ermittelt.

Burgstädt. Der Stadtrat veröffentlicht folgende  
Bekanntmachung: Jahrzehntelang ist um das allgemeine gleiche  
Wahlrecht gekämpft worden. Jetzt, nachdem es gewährt ist,  
wird es missachtet. Etwa 40 Prozent der Wähler zur Stadt-  
verordnetenwahl haben ihr Wahlrecht nicht ausgeübt und  
dadurch das Recht verwirkt, am Bier- und Kaffeehaus über  
den Gang der öffentlichen Geschäfte zu würgeln. Es ist  
seitens hiesiger Einwohner der Antrag gestellt worden, solche  
Leute durch öffentliche Bekanntgabe ihres Namens an den  
Pranger zu stellen. Aus Sparsamkeitsgründen aus hieron  
abgelehnt, doch wird in anderer Weise diesem Zweck  
gedient: das Verzeichnis der Nichtwähler und Nicht-  
wählervotanten liegt im Einwohnermeldeamt ununterbrochen zu  
jedermann's Einsicht aus.

Meißen. Blauen. Beim hiesigen Bäckermeister  
Dressel drängten lebhafte abends in der letzten Stunde drei  
Unbekannte in den Laden ein und räubten unter Bedrohung  
der mit ihrem 11-jährigen Tochterchen anwesenden Bäcker-  
frau aus der Ladenkasse 400 Mark Bargeld. Die frechen  
Burschen sind unerkannt verschwunden.



## Polnisches Finanzelend.

Zur wirtschaftlichen Lage im polnischen Staate wird uns von sachverständiger Seite geschrieben:

Die Belastigtheit der Abstimmungsordnung für Oberschlesien zeigt, daß die Abstimmung selbst nun allmählich in greifbare Nähe rückt. Gewiß ist die Frage, ob der Oberschlesier für Deutschland oder für Polen stimmen soll, zum Teil eine politische, eine Frage bedarf, deren Beantwortung angehört zum Spiel des polnischen Viellassenwahlrechts und anderer politischer Erscheinungen auf der einen Seite, angesichts der einer vernünftigen Ordnung immer deutlicher auftretenden Verhältnisse in Deutschland nicht allzu schwer ist. Über man soll neben der politischen die wirtschaftliche Seite nicht aus den Augen verlieren; deshalb ist es wohl an der Zeit, wieder einmal einen flüchtigen Blick zu werfen auf die Wirtschaftslage Polens, des Staates, der nach dem offensichtlichen Geländebasis einer Reihe seiner Politiker wirtschaftlich einfach nicht leben kann, wenn ihm nicht auch noch die Reichsämter Oberschlesiens ausgeliefert werden. Über man sieht sich doch schließlich den Partner erst an, mit dem gemeinsam man ein Geschäft machen soll. Tun wir dies also.

Im Grunde genommen könnte man sich darauf beschränken, das Urteil der weltwirtschaftlich maßgebenden Kreise über die polnische Wirtschaft aus den Wechselsprüchen abzulesen. Die Polen behaupten allerdings, der deutsche Kurs von etwa 10 Reichspfennigen für die polnische Mark sei fiktiv geblieben, wie ja überhaupt nach ihrer Meinung noch nicht einmal Jan Paderewski einen Schnupfen bekommen könnte, ohne daß dahinter deutsche Machenschaften stecken. Über der Kurs der polnischen Mark in England ist sicherlich nicht von deutschen Machenschaften geprägt — und er sieht sich um die Jahreswende auf über 2400 polnische Mark für 1 Pfund Sterling (20 deutsche Mark zum Friedenskurs). Er ist seitdem noch weiter gesunken. Die deutsche Mark steht jetzt, auch sie lag in den letzten Tagen schwach, auf etwa 265 für 1 Pfund Sterling. Dabei gibt es, was wiederum die polnischen Blätter gelegentlich hützt zugeben, einen wirklich aufnahmefähigen Markt für polnische Währung überhaupt nicht, eine Tatsache, die allerdings nicht überraschen kann, wenn man hört, daß die polnische Regierung selbst sich weigert, ihre Lieferungen mit polnischer Währung bezahlen zu lassen, und die Einführung von polnischen Noten nach Polen, d. h. also ihre Vervielfältigung bewußt verhindert. Es gibt aber noch andere Beweise für den Wert der polnischen Mark. So wurde jüngst einmal der Versuch gemacht, 250 Millionen polnische Mark Banknoten, d. h. also einen Betrag, der nicht nach außerhalb Polens gehandelt werden konnte, in Berlin zu vermerken. Trotz einer bis auf 5 Millionen Mark, d. h. also 2 Reichspfennige für die polnische Mark heruntergesetzten Forderung erwies sich der Verkauf als völlig unmöglich!

Aber auch die sonstigen aus Polen bekannten verdächtigen Zeichen zeigen die trostlose Finanzlage dieses Staates, der doch vor rund zwei Jahren sozusagen ohne einen Pfennig Schulden ins Leben trat; denn die Übernahme eines Teiles der von Frankreich an Polen einst geleisteten Milliarden ist ein formeller Kursus Frankreichs, dessen Erfüllung auch höchstens in einer Hypothek auf Oberschlesien bestehen könnte. Seit Monaten liegt in Polen eine innere Anleihe auf, die so glänzend geht, daß jüngst ein polnisches Blatt zur Verklagung des Zuwendungsbetriebs der polnischen Magnaten setzt, um diese zu Geld zu machen. Eine normale Auslandsanleihe zu vernünftigen Bedingungen bekommt Polen auch nicht, nicht einmal in Frankreich.

Für die Teuerung in Polen hat ja vor einigen Wochen der „Robolino“ Blättern gegeben, die zeigten, daß die Warschauer Kreise für viele Waren, und zwar für sehr wichtige, wie Brot, Butter, Obst, Kraut usw., von den Moskauer Preisen gar nicht mehr sehr weit entfernt sind. Und seitdem ist, wie man weiß, die Teuerung in Polen noch weiter gestiegen.

Die Polen hätten, wenn sie eben Wirtschaftler wären, eine ganze Reihe von Industrien und Erwerbszweigen, aus denen sich etwas machen ließe. Sie haben es ja aber noch nicht einmal verstanden, im Polenparadies, in Galizien, die Petroleumindustrie selbst zu entwideln. Diese müßte ihnen nahezu ausschließlich das Auslandskapital großmachen und jetzt eben schnellen Unterhandlungen mit französischen und amerikanischen Kapitalistengruppen zu schließen, die diesen Betrieb so ziemlich völlig auslöschen. Das auf den polnischen Bahnen bei auf etwa ein Viertel vermindertem Zugdienst die rund vierfache Anzahl von Beamten und Arbeitern tätig ist, ist ebenfalls bekannt.

## Der verschwundene Schatz.

Nach dem Amerikanischen von Edmund Giebel.  
(Gedruckt verboten.)

Allmählich gewann jedoch das alte Herz der Tante Rosa das Übergewicht über ihren Unwillen und auch die glückliche Wendung der Krankheit Eugen Donalds und seine zusehende Besserung trugen wesentlich zur Hebung ihrer guten Laune bei. So kam es, daß sie bald wieder ihrem schwarzen Alten hier und da ein Lieblingsgericht vorstelle und ihr reibiges Kindlein ohne Mühsal dazu laufen ließ.

„Ein Wunder ist es, Engster, ich sage Dir, ein wahres Wunder, daß der liebe Offizier wieder genesen! Und Benigna Cranton hat das Wunder getan, sie ganz allein! Sie hat einen eigenständlichen Zauber in ihrer weißen Hand — sie führt ihn an und führt mit ihren kleinen Fingern hin und her und er wird ruhig und schläft und schläft — und der schwarze Schatten geht vorüber an ihm und da er aufwacht, ist alles gut!“

Mit vielen Worten richtete sie eine kleine, überaus appetitliche Mahlzeit auf einem silbernen Krebsenblech zurecht und trug es in das Krankenzimmer.

Eugen Donald lag auf einem Ruhbett, sehr schwach, sehr gelb und abgemagert, aber fieberfrei — ein Genesender. Benigna saß unweit von ihm auf einem Schmetterlingshocker, ein aufgeschlagenes Buch in ihrem Schoß.

Der Invalide fühlte gar wohl, daß er im Augenblick nichts weniger als ein interessanter Retournement sein müsse, sein ganzes Denken konzentrierte sich in guter Nahrung und legt ihn bei Rosas Geschehen mit dem Heißhunger eines Raubtieres auf seine Mahlzeit loslässt.

„Ach ruhig, mein lieber Junge“, befahl die alte, treue Pflegerin. „Sie wissen nicht, welch einer schweren Tochterart wie sind entgangen vor erst kurzer Zeit. Eine heilige Aufregung kann schnell herbeiführen einen Rückfall. — Kommen Sie, Fräulein Benigna, und geben Sie die Mahlzeit Ihrem Patienten. Ihre Hand hat Zaubermaß auf ihn.“

Ein besonders angenehmes Bild geben diese Bissens und Aufführungen ja nun wirklich nicht; es wäre aber falsch, sie deshalb für übertrieben zu halten. Es ist sogar wahrscheinlicher, daß sie die Lage noch nicht einmal in ihrer ganzen Grausamkeit zeichnen. Vor allem tragen sie den politischen Geist der Zeit in die Schilderung ein. Die Polen von Osten drohen und die auch wirtschaftlich natürlich von ungünstigem Einfluß sind. Die Schlußfolgerungen aus solcher Zustandsdarstellung aber mögen jeder, den es angeht, selbst ziehen.

## Erhöhte Kohlenförderungen der Entente.

Monatlich 200.000 Tonnen mehr.

Aus Paris wird gemeldet, der Wiedergutmachungsaufschluß habe ein neues „Abkommen“ über die deutschen Kohlenlieferungen ausgearbeitet, das am 1. Februar nach dem Ablauf der Vereinbarungen von Spa in Kraft treten und bis zur Unterzeichnung des Abkommens über die Wiedergutmachung Geltung behalten soll. Es handelt sich also nur um eine Regelung des Übergangszustandes, der kaum länger als zwei bis drei Monate dauern wird.

Nach diesem Abkommen soll Deutschland den Verbündeten zunächst einmal monatlich 250.000 Tonnen Kohlen liefern als Erstat für die Kohlenlieferungen, die von deutschen Gruben zwar abgegangen, aber während des Transportes zur Grenze verschwunden sind. Für diese Erstatlieferungen werden die Verbündeten wie bisher Gewinne und Prämien zahlen.

Die Mehrlieferungen werden auf 200.000 Tonnen monatlich festgelegt, da die Kohlenförderung in Deutschland seit der Konferenz von Spa gestiegen worden ist. Für die neuen Lieferungen werden keine Vorschüsse mehr bezahlt. Die Verbündeten zahlen dem deutschen Kohlenministerium unmittelbar eine Prämie, deren Höhe von der Qualität der gelieferten Kohle abhängt und den Vertrag von zwei Goldmark für die Tonne erreichen kann. Die deutsche Regierung war aufgefordert worden, bis zum 3. Januar etwaige Bedenken gegen diese Bestimmungen zu äußern. Sie hat den Termin verstreichen lassen, ohne eine Erklärung abzugeben.

Staatssekretär Bergmann hat in Paris auf Anweisung der deutschen Regierung mitgeteilt, daß wir einfach außerstande seien, diesen Bedingungen nachzukommen. Vielmehr müsse der Standpunkt, daß wir nicht einmal imstande seien, die Lieferungen, zu denen wir uns in Spa verpflichtet haben, unbedingt auszuführen, festgehalten werden. Bis Mitte Januar soll eine Zusammenfassung der gegenwärtigen Lage überreicht werden.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

**Eupen-Malmedy.** Vergewaltigung. Die Reichsregierung hat bei der belgischen Regierung Einpruch erhoben gegen die Verordnung des belgischen Oberkommissars für die Kreise Eupen und Malmedy, wonach die Personen, die sich nach dem 1. August 1914 in den beiden Kreisen niedergelassen haben, binnen einem Monat erklären müssen, ob sie die belgische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, und im Falle der Unterlassung einer derartigen Erklärung oder der Ablehnung ihres Antrags die Kreise binnen einem weiteren Monat zu verlassen haben. Die Reichsregierung fordert vor, den nach dem 1. August 1914 zugezogenen Personen die gleiche Freiheit zum Verlassen des Gebiets zu gewähren wie den Optanten, d. h. ein Jahr.

**Das neue Reichswehrgefecht** wird dem Reichstage noch im Laufe des Januar vorgelegt werden, nachdem die Verhandlungen über landwirtschaftliche Fragen mit den Landesregierungen abgeschlossen sind. In Vorbereitung befindet sich auch ein Entwurf über Versorgungsmaßnahmen für auscheidende Mitglieder des neuen Reichsheeres im Falle von Unfall und Invalidität.

**Zur Feier des 18. Januar.** Über die Feier des Reichsgründungstages trifft nachlebender Erfolg des preußischen Unterrichtsministers Bellermann: Am 18. Januar sind fünfzig Jahre vergangen, seit die deutschen Stämme sich zum Deutschen Reich zusammengeflossen haben. Dieser Tag soll in allen Schulen würdig und eindrucksvoll durch einen Ernst der Zeit entsprechend feierlich und still Feier begangen werden. Über alles Trennende der Meinungen hinaus ist im deutschen Volke das Bewußtsein seiner Einheit lebendig. Die Gedächtnisfeier des 18. Januar wird daher nur dann der Bedeutung des Tages gerecht werden, wenn sie aus dem Empfinden unseres gesamten Volkes heraus gestaltet wird. Jede Ausnutzung der Feier zu

Sachsen trat die Geraune näher. In ihrer einfachen, kindlichen Unschuld war sie so ehrlich anzusehen, und alles an ihr war natürlich, sanft und gütig.

„Sie müssen recht achsam sein, mein armer, schwacher Junge!“ sprach Benigna noch im Schmetterlton der Pflegerin, „wie sind ja so übergädelich. Sie gerettet zu wissen, wollen Sie nicht höchst gebürgt sein und folgen?“

Dabei hielt eine kleine Hand die beiden abgezehrten Hände ihres Patienten fest, indem die andere ihm schwieg und vorsichtig die Speisen reichte.

Es war so bebaglich, sich hätscheln und füttern zu lassen und lieblosen wie ein Kind. So waren die beiden herzlich vergnügt im gegenseitigen Zusammensein.

Eugen lag meistens still, folgte aber mit den Augen jeder Bewegung Benignas. Diese wurde ebenso leise, als gefüllt vollzogen, jedoch sie ihn nicht im mindesten ermüdet. Sie sprach nicht viel zu ihm, sondern saß mit einer Arbeit oder einem Buch beschäftigt in seiner Nähe, und das genügte schon, ihn zufrieden zu machen. Zuweilen bat er sie zu hören und augenzwinkend legte sie alles beiseite und willhabte seinem Verlangen. Sie wußte seine modernen Lieder und sang nur Balladen, die sie jedoch mit ihrem volken, weichen Alt ganz herrlich vortrug.

„Sie ist lieblich wie ein kleines Margarethen-Blümchen“, dachte Linckott bei sich selbst, „doch nein, wie eine Moosrose — eine Wasserlilie — wie ein frischer, sprudelnder Quell — woher soll ich sie vergleichen? Sie ist einzig und unvergleichlich!“

Zunächst verlagerte sich der Deichsel über Rosschmers; er wußte, daß sie ihm dann die kühle Wärme ihrer Hände auf die Stirn preiste, und diese Lieblichkeit drang ihm bis ins Herz. Sie war immer weiß, immer sanft, immer friedlich, das große Gegelein ihrer eigenen, stürmischen Natur.

„Sie sind meine Schneekönigin, Fräulein Benigna, der Engel, der das Fieber weggeschaut hat von meinem Krankenbett — ich glaube, Sie haben mir einen Teil Ihres eigenen Lebens eingetauscht. Diese Krankheit hat einen besseren, weniger leidenschaftlichen Mann aus mir gemacht.“

## Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Seitergebnisse.

\* In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es während einer Streitschasse auf der Tribüne zu so wilden Zumutungen, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

\* Die Entente-Kommission in Oppeln hat nunmehr das Abstimmungsreglement bekanntgegeben.

\* In Flensburg kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Sicherheitspolizei, wobei ersterer 9 Tote und 22 Verwundete verloren.

\* Der österreichische Bundeskanzler Dr. Manz hat in einer Programmrede den berätschen Besitzungen zu Deutschland Ausdruck verliehen.

\* Aus Paris wird gemeldet, daß Venizelos sich mit dem Gedanken tröst, mit mehreren seiner Mitarbeiter zurückzutreten. Er will, sobald das Parlament zusammentreffe, die Vertrauenstrafe stellen.

\* Nach Londoner Meldungen soll das britische Kabinett beabsichtigen, der deutschen Regierung für die Bildung der noch bestehenden Einwohnerwehren eine weitere Frist von vier Monaten zu bewilligen.

parteipolitischen Zwecken, insbesondere zur Verherrlichung der früheren Staatsform, ist daher unabdingt zu unterlassen. Angesichts unserer inneren und äußeren Lage spreche ich die bestimmte Erwartung aus, daß in diesem Sinne von allen beteiligten Stellen verfahren wird. Der Unterricht fällt an diesem Tage nicht aus.

Aus den Seiten der Friedenskonferenz. Aus den Kreisen der amerikanischen Friedensdelegation werden interessante Einzelheiten über den Zusammenschluß Clemenceaus mit Wilson auf der Pariser Friedenskonferenz bekannt. Es handelt sich damals um die Ansprüche Frankreichs auf das linke Rheinufer und das Saarbecken, die von Wilson abgelehnt wurden.

**Ostpreußische Sorgen.** Der preußische Ministerpräsident Braun nahm im ostpreußischen Oberpräsidium an Besprechungen über wirtschaftliche Angelegenheiten Ostpreußens teil. Von besonderer Bedeutung war die Sitzung über die Frage der unsere Grenze bedrohenden Kinderpfeil. Der Ministerpräsident gab seiner Meinung über den von ihm voll erkannten Ernst der Lage für Ostpreußen Ausdruck und schrieb auch seinerseits zu alles zu tun, um den Bestrebungen auf Vermeidung dieser augenblicklich schweren Gefahr für Ostpreußen entschledenen Nachdruck zu verleihen.

## Deutsch-Ostpreußen.

**Herauszuhende Kabinettskrise.** In Wiener parlamentarischen Kreisen spricht man von einer bevorstehenden Kabinettskrise. Ungeachtet der Streitbewegung, hinter welcher man einen politischen Sabotageplan der radikalen Elemente der Sozialdemokratie vermutet und angesichts des bisherigen Ausbleibens der angekündigten Finanzhilfe der Entente scheinen die Regierungsparteien sich mit dem Gedanken zu tragen, eine weitere Verantwortung abzulehnen.

## Italien.

**Nitti gegen Zahlung einer deutschen Entschädigung.** In der römischen Presse veröffentlicht der ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti einen neuen Artikel über die europäische Wirtschafts- und Finanzlage. Nitti hält die allgemeine Situation für sehr ernst und führt aus, daß Deutschland unmidlich die wahrnehmenden Summen, auf die man rechnet, zahlen könne. Am Schlüsse spricht Nitti die Hoffnung aus, daß, nur wenn die Vereinigten Staaten, England und Frankreich auf ihre Ansprüche verzichten würden, Europa vor einer Katastrophe bewahrt werden könne.

**Berlin.** Scheidemann teilt dem Vorwärts mit, daß er ein politisches Memoirewerk verfaßt habe, das unter dem Titel „Der Zusammenbruch“ noch in diesem Monat erscheinen werde.

**London.** Den Blättern zufolge hat sich die Regierung nicht nur bereit erklärt, die Valeria einen Geleitbrief auszustellen, wie er verlangte, sondern sie hat auch mit ihm verhandelt.

**Rome.** D'Annunzio ist von seinen eigenen Leuten verbannt worden. Sie brachten in sein Bureau ein, erbrachten den Geldbeutel, in dem sich mehrere Millionen befanden und raubten alle Wertpapiere und das Geld.

**Athen.** Die rumänische Königsfamilie wird zum Besuch in Athen erwartet.

Allmählich schließt er die Augen, er schläft zu schlummern. Ihre kleinen Finger gleiten sanft beruhigend über die durchsichtigen Äder, über Stirne, Wangen und Schläfe; das Kätzchen, das die kleinen goldenen Haare wie ein Glorientein verläßt, neigte sich zu ihm herab, die verschleierten blauen Augen ruhen mit zärtlichem Ausdruck auf seinen Bügeln.

Die milde Natur des jungen Kindes tritt auf. Herr Eugen aber ist ein Schelm, er stellt sich lässig und sorglos in die Welt, läßt sich innerlich an ihrem führen, läßt sich schmeichelnden Gespannen: „Schläfe, mein Liebling — bist ja Benignas Junge nicht? — So arm, so frisch ist er gewesen, aber nun läßt sie ihm kein Bett mehr geschenken — er darf kein Fieber mehr haben — nein, mein Herz, ist still und schläft — der böse Kopfschmerz mag auch noch fort — und während er ruht, wird ihn der liebe Gott aufs neue stärken und kräftig werden lassen und gesund — den armen, milden Jungen!“

In diesem Augenblick ward die Lüre weit aufgerissen und auf der Schwelle stand — die Frau General.

## Vierzehntes Kapitel.

„Ah!“ rief sie aus. Es ist unbeschreiblich, wie dieses oft einziges kleines Wörtchen auszubringen vermag. Mit einem Blick hatte sie die ganze Situation übersehen und noch mehr.

Benigna fuhr erschrocken in die Höhe. Seine Mutter war viel zu hingebend, um sein Entgegenkommen zu erlauben, sie flüchtete sich in die Höhe und legte sich bleiern, und drückte in rascher Folge Fuß auf Knie auf seine Stirne, bart und roch, doch über herzlich. Dann nahm sie ihn an ihre Brust: „Mein armer, armer Sohn! Was hast Du gelitten in den letzten Tagen und Deine Mutter um Dich! O mein schöner, stolzer Liebling! Wie furchtbar schmerzt mir die Zunge hinabgegangen, bis ich dich herantrete! Ist das Fieber wirklich überstanden?“

„Ja, Mutter, ich fühle mich schon wieder stark!“

„Welche Farbe! O Kind! Man hätte gleich beim ersten Anzeichen nach mir schicken sollen! Wer pflegte Dich? Hastest Du unserer alten, verlässlichen Ärztin?“

(Wortleitung folgt.)

## Gord...

Deu...  
Lasse...  
ablä...  
Simm...  
eine...  
Vorso...

U...  
liche...  
ru...  
neide...  
Voll...  
flimm...  
regung...  
werden...  
die...  
zur...  
leicht...  
berufs...  
ist um...  
dem...  
erhebt...

W...  
Gef...  
unbed...  
als ei...  
sprach...  
weite...  
licher...  
den no...  
ungang...  
ausdrü...  
Vorso...  
mit de...  
geführ...  
eine...  
dem va...  
teilige...

## D...

R...  
schung...  
Begeg...  
Die B...  
ab folg...  
geholt

## Hörderung eines gerechten Volksentscheids.

Deutsche Einpruchsnote betreffs Oberschlesien.

Gegen das von der Entente-Kommission in Oppeln erlassene Wahlrecht für Oberschlesien und die offenbar beständige Sonderabstimmung der im Reich wohnenden Stimmberechtigten zu einem späteren Termine wendet sich eine Einpruchsnote der Reichsregierung an die Pariser Botschafterkonferenz. In der Note heißt es u. a.:

"Wenn jetzt statt dieser brutalen Trennung eine zeitliche beschlossen wird, so wird damit die Gefahr von Unruhen und einer Terrorisierung der Wahlberechtigten keineswegs verminder, sondern vielmehr gesteigert. Nach Vollziehung der ersten und in Erwartung der zweiten Abstimmung wird sich die Bevölkerung in hochgradiger Erregung befinden. Diejenigen, die bereits abgestimmt haben, werden alles daran setzen, daß erhoffte Ergebnis nicht durch die zureisenden Oberschlesiern beeinträchtigt zu lassen. Die letzteren werden daher ganz besonders Einstützungsversuchen ausgesetzt sein. Die Vorgesetzten vor Gewalttaten ist umso begründeter, als es bis jetzt nicht gelungen ist, dem terroristischen Verbrecherthum, das in Oberschlesien unverdrossen immer füher und rücksichtsloser sein Haupt erhebt, wirklich zu beenden."

Weiter sagt die deutsche Note noch: Die Deutsche Regierung betrachtet die Gewährleistung einer wirklich freien, unbeeinflußten und geheimen Abstimmung in Oberschlesien als eine Lebensfrage für das deutsche Volk und glaubt Anspruch darauf zu haben, daß diese Frage in diesem Sinne zweckmäßig gelöst wird. Sie mußte daher zwar nach reiflicher Erwägung auf den angeführten gewidrigen Gründen von den Alliierten Regierungen eingedämmten Weg für ungängbar erachten, erklärte sich aber gleichzeitig nochmals ausdrücklich bereit, andere ihrer Ansicht nach zweckmäßigeren Vorschläge zur Sicherung der Abstimmung zu machen und mit den Beteiligten zu erörtern. Da der bisherige schriftliche Weg zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis nicht geführt hat, so erlaubt sie sich erneut, eine mündliche Verhandlung der so überaus wichtigen Frage anzurufen, damit eine Lösung gefunden wird, die die Abstimmung wirklich zu dem von dem Friedensvertrag gewollten und von allen Beteiligten angewollten Volksentscheid gestaltet.

## Die Einigung mit den Eisenbahnhern.

Nach längeren Verhandlungen gelang es in Berlin eine Vereinigung zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Eisenbahnbeamten und -arbeitern zu erzielen. Den Eisenbahnhern wurden weitgehende Befreiungen gemacht und die bis zum letzten Augenblick drohende Gefahr des Streiks abgewendet.

Nach sehr ausführlichen Besprechungen und Auseinandersetzungen wurde den Eisenbahnbeamten eine Erhöhung ihrer Bezüge entsprechend der Ortsklasseneinteilung zugestellt. Die Beamten sollen zulasten mit Wirkung vom 1. Januar ab folgende Erhöhungen des Leistungszuschlags zum Grundgehalt und Ortszuschlag genießen:

In Ortsklasse A von 50 auf 70 %	
B 50	65
C 50	60
D u. E 50	55

Die Regierung wollte ursprünglich eine Erhöhung für Ortsklasse D und E nicht vornehmen, doch erlaubte sie sich schließlich zu diesem Befreiungsniveau bereit. Für die Eisenbahnarbeiter wurden folgende Erhöhungen zugestanden:

Für Ortsklasse A 50 Pfennig pro Stunde	
B 40	
C 30	
D 20	
E 10	

Außerdem soll in möglichen Grenzen durch weitere Übersteuerungszuschläge in durch hohe Industriehöhe besonders beeinflußten Orten im Rahmen der bisherigen Richtlinien nachgeholt werden. Die Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärten sich mit den vom Reichsverkehrsministerium gemachten Befreiungen einverstanden, doch fand die Abmachung erst nach der Rückkehr des Ministers Wirth nach Berlin bindende Kraft erhalten. Unterstaatssekretär Sitter lagte den Vertretern der Beamten jedoch zu, daß das Reichsverkehrsministerium sich mit aller Kraft für die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen einsetzen werde. Im Rahmen der Konferenz wurde noch eine Reihe anderer Fragen besprochen und es wurde den Beamten zugesichert, daß keine Maßregelungen erfolgen würden.

## Sur Vorgeschichte der Verständigung

macht der Vorwärts überaus interessante Angaben. Es hat dabei nämlich ein Plan des in Wiesbaden siedelnden Chefs des französischen Feldesisenbahnwesens eine nicht unerhebliche Rolle gespielt, der einen Streit dazu benutzt sollte, das Eisenbahnwesen im besetzten Gebiete französisch zu militarisieren und eventuell auch — zwecks Kohlenversorgung — nach dem Ruhrgebiet militärisch hinüberzuziehen. Das Bekanntwerden dieses Plans dürfte es gewesen sein, daß die Regierung dazu bestimmt, in ihren Befreiungen weiter zu gehen, als ursprünglich beabsichtigt war.

## Vom Lohnkampfplatz.

Berlin. Rückwirkender Tarif für ausgeschlossene Angestellte. Über die rückwirkende Kraft von Tarifverträgen für inzwischen ausgeschlossene Angestellte hat der Schließungsausschuß Groß-Berlin eine bemerkenswerte Entscheidung gefällt. Danach hat der Tarifvertrag rückwirkende Kraft auch für diese Angestellte, da mit ihrem Ausscheiden aus der bisherigen Stellung ihre Zugehörigkeit nicht erloschen sei. Nur wenn der Arbeitnehmer aus der vertragsschließenden Vereinigung ausscheidet, endet seine Beteiligung am Tarifabkommen. Werde einem Tarif rückwirkende Kraft beigelegt, so werde damit zum Ausdruck gebracht, daß dieser Vertrag in allen Wirkungen bereits zu dem früher festgelegten Termin seinen Anfang nehmen solle. Treu und Glauben verlangen, daß die Rückwirkung auch ausgeschlossenen Angestellten zugutekommt, um so mehr, wenn sie bei Beginn der Tarifverhandlungen sich noch in Stellung befanden.

## Volkswirtschaft.

Zur Verhütung des Wirtschaftungswalls nach dem Andlande hat die Reichsregierung eine Reihe neuer Abwehrmaßnahmen in Aussicht genommen, so eine Verstärkung der Polizei, eine Transportkontrolle, eine Hinterlandskontrolle, Einführung von Transportscheinen, Verbot des Weidens an der Grenze und des Viehtriebens in der Nacht, Begeisprung für Wiederläufer an der Grenze mit Ausnahme bestimmter Strafen.

Eine Umlage auf Hafer. Um die Haferaufbringung zu verbessern, hat die Reichsregierung eine Umlage auf Hafer aufgeschrieben, die es ermöglichen soll, den Werthehaltern Hafer zu exzellenten Preisen zu liefern. Eine Freigabe der Haferverwaltung würde die Preise entsprechend senken lassen.

Kasernen für Wohnzwecke. Die Verkleinerung des deutschen Heeres von 800 000 Mann auf 100 000 Mann hat die Heeresverwaltung veranlaßt, in 188 bisherigen Garnisonstädten 145 Kasernen und 200 andere Gebäude freizugeben und sie den Kommunen zur Verringerung der Wohnungsnachfrage anzubieten. Es handelt sich um Kasernen in großen und kleinen Städten. Außerdem sind Siedlungsgegenstände 15 Kasernen und 70 sonstige Gebäude zu Wohnungsmieten überlassen worden, 19 Kasernen und 47 sonstige Gebäude haben zur Aufnahme von Flüchtlingen Bereitstellung gefunden. Ein Teil anderer Kasernen hat für die neue Landespolizei Verwendung gefunden. Alle Kasernen sind zunächst mietfrei überlassen worden.

## Von Nah und fern.

Erhöhung der Haftsumme für Handgepäck. Die Haftsumme für die den Aufbewahrungsstellen übergebenen Handgepäckstücke betrug bisher 100 Mark. Da dieser Betrag unter den heutigen Verhältnissen ganz unzureichend ist, batte der Verband Reisender Kaufleute Deutschlands beim Reichsverkehrsministerium eine Erhöhung beantragt. Die Eisenbahndirektion Berlin hat jetzt beschlossen, die Haftsumme für die aufzubewahrenden Gegenstände auf 500 Mark für ein Stück zu erhöhen. Die Maßnahme wird voraussichtlich zum 1. April d. J. in Kraft treten.

Die Beliebung des früheren Reichskanzlers Dr. von Bethmann Hollweg fand in Hohenstein unter großer Beteiligung der Dorfgemeinde und der Bevölkerung der weiteren Umgebung des Ortes statt. Als Vertreter der Reichsregierung erschien Reichsminister Dr. Heine mit dem Staatssekretär Dr. Neppal, als Vertreter des früheren Kaisers Prinz Oskar, als Vertreter des Reichstages Dr. Spahn und Direktor Jungheim. Mit dem früheren Reichskanzler Dr. Michaelis war eine große Anzahl früherer Minister und

Staatssekretäre erschienen. Um Sarpe wurden zahlreiche kräftige Kränze niedergelegt. Die Trauerrede hielt der frühere langjährige Geistliche von Hohenstein, Pastor Bafior aus Raumberg. Im Namen der Regierung entbot Vizekanzler Dr. Helmze dem Toten den letzten Gruß und widmete seiner politischen Tätigkeit, die auch in Deutschlands größter Not von einer von keiner Partei angezeigten Lauterkeit der Gelassenheit getragen war, Worte wärmster Anerkennung.

Politische Auseinandersetzung mit Ohnsorge. Auf einem Berliner Untergrundbahnhof wurde der russische Oberbürgermeister Ohnsorge, der erste Kriegsminister der Kerenski-Regierung, von einem russischen Leutnant namens Tabutin öffentlich als Verräter an Russland gebrandmarkt und mit Ohnsorge traktiert. Ohnsorge soll vor einigen Tagen in einem Berliner Hotel schon einmal geprügelt worden sein und zwar ebenfalls aus politischen Gründen.

Erwerbslosenfundgebung in Hamburg. In Hamburg verübten Erwerbslose in Demonstrationen nach dem Rathaus vorzudringen, sie wurden jedoch durch Polizei und Streikwachen der Polizei zurückgehalten und zerstreut. Bei einem Zusammenstoß wurde ein Polizist von den Demonstranten verprügelt; ein Oberleutnant trug durch Messerstiche schwerere Verletzungen davon.

Elektrische Güterzüge. Zur Elektrifizierung der Bahnstrecke Leipzig-Halle-Wagdeburg teilt die Eisenbahnadmiration Halle mit, daß vom 25. Januar ab die Güterzugkreise Wahren-Schönesfeld den elektrischen Betrieb aufnehmen wird. Die Spaltung geschieht aus dem staatlichen Kraftwerk Muldenstein-Bitterfeld.

Umfangreiche Schließungen in Wiesbaden. Den ausländigen Bewohnern Wiesbadens sind umfangreiche Schließungen mit französischem Signal, Mehl, Wein, Delikatessen usw., in die eine ganze Reihe Wiesbadener Geschäfte und Wirtschaften verwildert ist, zur Kenntnis gelangt. Die Polizei hat zahlreiche Verhaftungen einheimischer und französischer Beteiligter vorgenommen.

Die Flensburger Opfer. Der Sturm auf die Kaserne in Flensburg hat 11 Todesopfer gefordert. Es sind aber noch zahlreiche Schwerverwundete vorhanden, sodass mit neuen Todesfällen gerechnet werden muß. Die Zahl der Verwundeten läßt sich noch nicht feststellen. Die Toten sind meistens halbwüchsige Burschen im Alter von 16 bis 20 Jahren. Ferner wurde eine Frau getötet. Zwei führen der kommunistischen Partei wurden verhaftet.

Verhaftung der Bochumer Millionenräuber. Zwei Männer, der Schlosser Heising aus Warendorf und der Montagelocherer Kleg aus Bochum, die an dem im August vorigen Jahres in Bochum verübten Raubanschlag auf einen Geldwagen der Bank Emser-Wippe beteiligt waren, sind in Berlin verhaftet worden. Bei dem Raubfall, der drei Menschenleben kostete, fielen den fünf Tätern — zwei sind bereits früher verhaftet worden, während der fünfte noch flüchtig ist — fast 1 700 000 Mark in die Hände.

Die Leiche im Schließkorb. Im Kanalhafen Linden-Hannover wurde ein Schließkorb aufgefunden, der den Rumpf der frisch Leiche einer Frau in den mittleren Jahren enthielt. Kopf, Arme und Beine fehlten. Der Name der Toten und der Täter konnten nicht ermittelt werden. Die Polizei in Hannover versucht jedoch eine bestimmte Spur.

Berlin. Der Präfekt des Preußischen Oberverwaltungsgerichts Wirs. Geh. Oberregierungsrat Dr. Paul v. Hartmann ist hier im 64. Lebensjahr gestorben.

Berlin. Der Katholiken Arzt Dr. Steubloff, der an weiblichen Personen sexuelle Eingriffe, die in mehreren Fällen zum Tode führten, vorgenommen hatte, wurde festgenommen und als gemeingefährlich einer Irrenanstalt überwiesen.

Planen 1. V. Erdbebenrichtungen haben sich in den letzten Tagen im oberpfälzischen Erdbebengebiet bemerkbar gemacht.

Torgau. In Ruhland erschob der fröhliche Schauspieler König die 18-jährige Tochter eines Brauereibürgers, die seine Anträge zurückgewiesen hatte, und tötete sich dann selbst.

Lübeck. Der Postbote Lauterbach, der bei einem Berliner Postamt einen Geldsack mit 100 000 Mark stahl, ist hier festgenommen worden. Er hatte noch etwa 40 000 Mark bei sich.

Paris. Nach einer Melbung aus Charlevoix ist das Staatshaus von Westvirginien durch einen Brand zerstört worden. Zwei Personen fanden in den Flammen den Tod.

Paris. Die Verhandlung gegen den Massenmörder Landru, der zehn seiner "Bräute" hat verschwinden lassen, soll im März vor dem Schwurgericht des Seine-Departements beginnen.

Benigno stand in ziemlicher Entfernung von der Gruppe und sah farblosen Bildes nach der stolzen männlichen Dame — nicht weil sie so rasch und unvermittelt in den stillen Frieden der Krankenbank eintrang, nicht weil ihre Stimme hart, ihr Wesen stola und wegweisend war, nein, sie hatte noch einen anderen Grund, der sie mit Fürtat erfüllte vor der Generalin; diese aber hatte der dringendsten Höflichkeit genügt und könne jetzt über ihren Sohn alles andere zu vergessen.

"Darf ich Tante Rosa ersuchen, mir ein Blümchen bereit zu machen? Ich würde am liebsten gleich in dem hier aufzuhenden wohnen." Das ist Gräfin Benignas Zimmer, sie hatte es schon inne, ehe der Herr Rentamt erkrankte und behielt es bei, weil es als das ihm nächstgelegene am besten für die Zeit der Pflege entsprach.

"Ich bitte, gnädige Frau wollen ganz nach Belieben darüber verfügen", sprach Benigna bescheiden, "ich finde leicht anderwo ein Unterkommen."

"Gut, dann seien Sie so freundlich, es für mich zurecht zu machen", befahl Frau Lindloft und abermals blickte sich ihr Blick prüfend auf das junge Mädchen. — "War Ihnen der Verlust der Madame Deplaine sehr hart, mein Kind?"

"O gewiß, gnädige Frau, ich hätte ihr so viel zu danken."

"Ja, ja, ich kann es mir denken! — Äußerst war über diesen Todesfall auch sehr betrübt", sprach die Generalin jetzt zu ihrem Sohne gewendet, "Du hättest sie nur sehen sollen, wie erschreckt, wie aufgeregt sie war, als die betrübende Nachricht über Dein Erkranken eintraf, wir wußten sie kaum zu beschwichtigen — sie gedenkt schon in der aller nächsten Zeit mit Tante Meta in ein Seebad zu reisen."

"Besonders und schön wie immer?" fragte Eugen.

"Mein Kind, das liebe Mädchen wird mit jedem Tage anziehender und liebenswerter, ich zittere oft für Deine Sache, denn Corwin bemüht sich schrecklich um sie, sie ist überhaupt angebetet und umworben wie keine zweite Schöne wieder; wenn das Weitere weniger heilig und ihre Gesundheit fröhlicher wäre,

würde sich Isadora gewiß nicht hinüber lassen, mich zu Dir zu begleiten."

"Ich freue mich nur, daß diese zarte Gesundheit alle Vergnügungen und Gesellschaften aushält!"

Unverkennbarer Gorillaschmuck hängt aus dieser Antwort und die Versicherung ihrer Teilnahme für seinen lebensgefährlichen Zustand ließ ihn werktüdig gleichgültig. Kranke sind feinfühlig und leicht erregt; Eugen beachtete es sehr wohl, wie sich seine Mutter Isadoras Kopf angelegen sein ließ und es berührte ihn unangenehm.

Benigna hatte sich geräuschos aus dem Zimmer entfernt; auch Rosa war fortgegangen, um die Befehle der "Frau General" zu vollziehen.

"Wer ist dieses Mädchen?" fragte die Dame plötzlich.

Eugen antwortete mit geschlossenen Augen: "Sie ist meine Schneeballgärtnerin."

"Du redest Unsinn, Eugen!" rief sie lauter. "Hast Du meine Frage überhört? Ich will wissen, wer dieses Mädchen ist!"

Jetzt öffnete er die Augen und schaute groß und verwundert nach der Generalin: "Ich sage es Dir in Idiot, es ist meine Schneeballgärtnerin — alles an ihr ist frisch und süß und erquickend — ihre Stimme beruhigt, ihre Berührung heißt, ihr Bild singt mich in Schön — sie hat das lieber aus mir fortgebracht — sonst weiß ich nichts von ihr." Er sprach es mit einem leisen Seufzer, der dem mürrischen Ohr nicht entging.

"Armer Junge, armer Sohn! Freunde mögten Dich pflegen, als Du frisch lagst! Aber las nur gut sein, nun bin ich bei Dir, nun sollt Deine Mutter für Dich bis zur vollkommenen Genesung!"

"Ich bin aber bereits genesen, ich will morgen ausgehen."

"Was fällt Dir bei? Du würdest notwendig rückfällig werden und Dir schaden!"

"Und doch schien es, als ob sie selbst nicht eben hellsam für ihn wäre. Es gibt Menschen, die überaus geschickt und realistisch entschieden sind, Frau Lindloft war dies alles, sie konnte einen Geldzufluss erwerben, aber Kranken pflegen — das konnte sie nicht. Fortleitung folgt.



